

Kumtor: Ein Lackmustest für den Bergbau in Kirgistan

Gullette, David

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Gullette, D. (2014). Kumtor: Ein Lackmustest für den Bergbau in Kirgistan. *Zentralasien-Analysen*, 76, 2-6. <https://doi.org/10.31205/ZA.076.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Kumtor: Ein Lackmustest für den Bergbau in Kirgistan

Von David Gullette, Bischkek

Zusammenfassung

Die Kumtor-Goldmine, das größte Vorkommen dieses Edelmetalls in Zentralasien und der wichtigste Steuerzahler Kirgistans, ist schon seit Beginn der Förderung 1997 Quelle von Auseinandersetzungen. Seit 2010 geht es bei den Konflikten in erster Linie um die gerechte Verteilung von Ressourcen. Befürworter einer Nationalisierung der Mine stellen dies jedoch als einen Kampf für die Souveränität des Landes dar. Die Regierung hat bei den Verhandlungen im vergangenen Jahr versucht, ihre Anteile an der Mine zu vergrößern, um mehr Kontrolle und größere Einkünfte zu erreichen. Während das Parlament darüber debattiert, wie das zu erreichen ist, sind für die Bevölkerung Protest und Gewalt zum Ventil für ihre Frustration über den sich hinziehenden Prozess geworden. Das aktuell ausgehandelte Rahmenabkommen ist ein Fortschritt, es muss aber noch endgültig abgeschlossen werden. Außerdem besteht nach wie vor die Notwendigkeit, sich mit den grundlegenden Problemen der durch den Abbau betroffenen Gemeinden und die fehlende Kommunikation zwischen den Anteilseignern auseinanderzusetzen. Ohne Lösung dieser Probleme werden Kirgistans Versuche, seinen Bergbausektor zu reformieren ihr Ziel weit verfehlen und in weiteren Konflikten münden.

Am 6. Februar 2014 verabschiedete das Parlament Kirgistans ein neues Rahmenabkommen mit der kanadischen Gesellschaft Centerra Gold Inc. über die Kontrolle der Kumtor-Mine im Osten des Landes. Nach Monaten des Protests und der Gewalt bezüglich des Schicksals der Mine war das eine gute Nachricht. Es ist jedoch nur ein weiterer Abschnitt im Prozess der Verbesserung der Abbauregeln, des Betriebs und der Beziehungen zwischen den Anteilseignern. Die Lage ist nach wie vor angespannt. Einige Politiker nutzen mit immer wieder neu erhobenen Forderungen nach einer Nationalisierung der Mine die Frustration der Bevölkerung über ihr Leben in Armut aus und geben den Menschen das Gefühl, dass sie die Kontrolle über ein strategisches Kapital des Landes verloren haben.

Die größte Goldmine des Landes war schon immer eine Quelle von Auseinandersetzungen. Seit der Ablösung von Präsident Kurmanbek Bakijew 2010 lebten insbesondere die Versuche wieder auf, die Regeln für ihren Betrieb zu ändern. Der neue Rahmenvertrag gibt Kirgistan nun einen gleichen Anteil an der umstrukturierten Kumtor-Betreibergesellschaft. Nach Angaben der Regierung soll der Vertrag in vier Monaten abgeschlossen sein, Insider aus der Industrie glauben aber, dass es eher bis zu einem Jahr dauern wird.

Das neue Abkommen enthält eine Reihe von politischen und ökonomischen Kompromissen. Die tiefer liegenden Gründe für die Spannungen müssen jedoch noch angesprochen und für die zukünftige Entwicklung der Mine bedacht werden. Es ist von großer Bedeutung, dass alle Seiten überprüfen, wie die gestiegenen Einkünfte aus der Mine den durch ihren Betrieb betroffenen Gemeinden zugute kommen können und wie damit die strategische Entwicklung des Landes verbessert werden kann.

Vorreiter im Goldbergbau

Das Kumtor-Goldvorkommen ist das größte in Zentralasien. Nach seiner Entdeckung 1978 waren sowjetische Bergbauexperten zu dem Schluss gekommen, dass seine Erschließung zu teuer sei und der Abbau weitreichende Umweltschäden zur Folge haben würde. Nach der Unabhängigkeit Kirgistans war die kanadische Cameco Corporation, eines der weltweit größten Uran abbauenden Unternehmen, der erste Konzern, der in die Entwicklung des Vorkommens investieren wollte. Am 3. Dezember 1992 unterzeichnete Cameco eine Rahmenvereinbarung mit der Regierung der Kirgisischen Republik. Cameco erhielt ein Drittel der Anteile an der Kumtor Gold Company (dem Eigentümer), die Regierung – vertreten durch die staatliche Gesellschaft Kyrgyzaltyn – die beiden verbleibenden Drittel. Betrieben wurde die Mine durch die Kumtor Operating Company, eine Tochtergesellschaft von Cameco Gold International. Ausbau und Erschließung begannen 1994 und waren 1997 abgeschlossen, die Förderung konnte bereits im zweiten Quartal des Jahres 1997 aufgenommen werden.

2004 übertrug die Cameco Corporation ihre Gold-Aktien und Kredite an die kanadische Centerra Gold Inc., behielt aber einige Anteile an dieser neuen Gesellschaft. Als Ergebnis von Umstrukturierung und Verkauf hielt die kirgisische Regierung dann ca. 16% der Centerra-Anteile. Im Juni 2009, in der Regierungszeit von Kurmanbek Bakijew, handelte Centerra neue Vertragsbedingungen für sich, die kirgisische Regierung und die Cameco Corporation aus. Im Dezember des gleichen Jahres transferierte Cameco diesem Vertrag entsprechend Anteile an Kyrgyzaltyn und veräußerte seine restlichen Centerra-Anteile, womit seine Interessen an der Goldfördergesellschaft endgültig beendet waren. Der Anteil der Regierung an Kumtor sank durch diesen

Vorgang auf 33 % und Centerra verfügte nun über die Majorität der Anteile. Einige Mitglieder der nach der gewaltsamen Vertreibung Präsident Bakijews 2010 neu gebildeten Regierung empfanden den Vertrag mit Centerra und die Reduzierung der Anteile als unfair und verlangten neue Verhandlungen, während andere dazu aufriefen, die Mine zu verstaatlichen.

Heute ist die Kumtor-Mine das größte ausländische Investitionsprojekt des Landes und der größte private Arbeitgeber. Ca. 95 % der 2.500 bei der Kumtor Operating Company Vollzeitbeschäftigten sind kirgisische Staatsbürger. Nach Angaben von Centerra enthält die Mine ein Hauptvorkommen von 3,6 Mio. Unzen Gold, die Gesamtvorräte liegen bei 9,7 Mio. nachgewiesener Unzen, nach den Ergebnissen letzter Untersuchungen der Gesellschaft wahrscheinlich noch mehr. Die Mine trägt jährlich ungefähr 5,5 % zum BIP Kirgistan bei. Die Kumtor Operating Company, die die Mine betreibt, führt saftige Steuern ab und zahlt auch in den Entwicklungsfonds des Gebietes Issyk-Kul ein. Außerdem unterstützt die Gesellschaft Sozialprojekte in den nahegelegenen Gemeinden. Nach Angaben auf der Website der Gesellschaft lagen ihre Zahlungen in Kirgistan zwischen 1994–2012 bei über 2,15 Mrd. US-Dollar.

Kirgisischer Ressourcennationalismus

Seit der Vertreibung Kurmanbek Bakijews und den gewalttätigen Unruhen im Süden des Landes 2010 kann man einen wachsenden Ressourcennationalismus beobachten. Anders gesagt, Bevölkerung und Regierung drängen darauf, die Ressourcen auf ihrem Staatsgebiet nahezu exklusiv zu kontrollieren. Die internationale Unternehmensberatungsgesellschaft Ernst & Young beschreibt das als das Hauptrisiko für die Bergbauindustrie rund um den Globus. Auch wenn Ressourcennationalismus also ein allgemeiner Trend ist, stellt sich die Frage, welches die wichtigsten Faktoren sind, die in Kirgistan dazu geführt haben? Und wie sind die Zukunftsaussichten? Was jetzt kommt, ist ein wichtiger Lackmustest für die Zukunft des gesamten kirgisischen Bergbausektors.

Es gibt zwei wichtige Gründe für das Anwachsen des Ressourcennationalismus in Kirgistan. Erstens begannen nationalistische Führer besonders nach den Unruhen im Juni 2010 eine Kampagne zur Stärkung der Souveränität des Landes. Während des Machtvakuum nach der Vertreibung Kurmanbek Bakijews war bei manchen Kirgisen der Eindruck entstanden, dass ethnische Usbeken die Situation nutzten, um mehr politische Bedeutung zu erlangen und die Wahrnehmung von Autorität im Land herauszufordern. Der moderne kirgisische Staat gründet auf der sowjetischen Politik der Bildung von Republiken, die auf der Anerkennung ethnischer

Gruppen mit dem Anspruch auf ein Territorium basierten. Viele Kirgisen sahen daher durch die Juni-Ereignisse die Souveränität des Landes gefährdet. Kontrolle über die Rohstoffe ist Teil dieser Souveränität ist, daher verstärkte sich in dieser Zeit der Ressourcennationalismus.

Zweitens stellen nationalistische Führer die Situation so dar, als würde der Staat von ausländischen Firmen angegriffen. Sie behaupten, dass Unternehmen wie Centerra Kirgistan seines Reichtums berauben würden. Es gibt tiefe Kluften in der sozialen und ökonomischen Entwicklung des Landes, die sich gerade unter denjenigen verstärken, die in der Nähe des lukrativsten Unternehmens des Landes leben. Das schafft die Wahrnehmung, dass die Kirgisen die Kontrolle über ihre Ressourcen verlieren und die Regierung nur beschränkt in der Lage ist, Geld aus diesen Ressourcen zur Entwicklungsförderung einzusetzen. Hohe Arbeitslosigkeit, Migration und Probleme bei der sozialen Grundversorgung haben ernste Spannungen erzeugt. Ungefähr 38 % der Bevölkerung leben nach Angaben des Nationalen Statistischen Komitees in Armut. Die Menschen drängen nach Maßnahmen, die ihnen finanziellen Nutzen und Arbeitsmöglichkeiten bringen.

Die Demonstrationen gegen den geltenden Kumtor-Vertrag waren daher nicht auf das Gebiet Issyk-Kul begrenzt, sondern lösten Unterstützungspetitionen im ganzen Land aus. Sie alle forderten mehr Kontrolle über Kumtor oder die Nationalisierung, während sie gleichzeitig ein Schlaglicht auf lokale Ungleichheiten warfen und ein Eingreifen der Regierung forderten. Bei einer der wichtigsten Demonstrationen sprachen sich Mitglieder der Fraktion von Ata-Dschurt im Parlament – Sadyr Dschaparow, Kamtschibek Taschijew und Talant Mamytow – für die Nationalisierung der Mine aus. Am 3. Oktober 2012 versammelten sich ungefähr 1.000 Menschen auf dem Ala-Too-Platz in Bischkek zu einer Protestkundgebung, die sich nach einer aufrührerischen Rede von Taschijew mit der Forderung nach Rücktritt des Premierministers und anderer Offizieller rasch in den Versuch verwandelte, gewaltsam in das Parlament einzudringen. Die drei Organisatoren wurden verhaftet. Ihre darauf folgenden Freiheitsstrafen wurden zu einer Quelle ständiger Demonstrationen gegen die Regierung.

Diese Aktion von Ata-Dschurt-Mitgliedern ermutigte andere Proteste. Im Mai 2013 blockierten Demonstranten die Zufahrtsstraße zur Kumtor-Mine und forderten, dass Centerra mehr Geld für Bildung und Gesundheit im Gebiet Issyk-Kul bereitstellen und die Regierung den bestehenden Vertrag mit der Gesellschaft annullieren solle. Zwei Tage später unterbrachen die Demonstranten die Stromversorgung der Mine. Die Bereitschaftspolizei trat auf den Plan, um den Protest zu beenden. Die Demonstration wurde gewalttätig, 92 Per-

sonen wurden verhaftet und 55 verletzt. Die Bewegung breitete sich in den Süden nach Dschalalabad, Taschijew Hochburg, aus. Die Demonstranten besetzten dort mit dem Anspruch, die Demonstranten am Issyk-Kul zu unterstützen, das Gebäude der Gebietsverwaltung. Ihre Aktion setzte die Regierung unter Druck und die Ata-Dschurt Mitglieder wurden zwei Wochen später freigelassen; das Oberste Gericht hielt aber seine ursprüngliche Entscheidung, ihnen ihre Parlamentsmandate zu entziehen, aufrecht.

Im August 2013 wurden zwei informelle Anführer der Mai-Demonstrationen bei dem Versuch gefilmt, einen Kumtor-Mitarbeiter zu erpressen. Bachtijar Kurmanow und Ermek Dschunusbajew wurden verhaftet, was Straßenblockaden ihrer Mitbürger aus dem Dorf Saruu zur Folge hatte. Die beiden Männer wurden später zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Beide bestritten die Vorwürfe und erklärten, dass sie nur versucht hätten, wichtige Angelegenheiten an das Licht der Öffentlichkeit zu bringen und die Entwicklung des Gebiets zu fördern.

Im Oktober 2013 kam es zu weiteren Demonstrationen in der Hauptstadt des Gebiets Issyk-Kul, Karakol. Während der Proteste stürmten die Demonstranten das Gebäude der Gebietsverwaltung und nahmen den Gouverneur Emil Kaptagajew als Geisel. Sie forderten, dass er sich, obwohl er dazu gar nicht in der Macht war, für eine Erhöhung des staatlichen Anteils an Kumtor oder die Nationalisierung der Mine einsetzen solle. Angeblich wurde Kaptagajew während der Verhandlungen mit Öl übergossen und gedroht, dass man ihn anzünde, wenn er den Forderungen nicht Folge leistete. Letztlich wurde er aber frei gelassen. Einige Bewohner des Dorfes Saruu, die an der Aktion teilgenommen hatten, veranstalteten weitere Protestaktionen, einschließlich Straßenblockaden.

Bei all diesen Aktionen geht es jedoch nicht nur um Souveränität, der ökonomische Vorteil größerer Kontrolle über die Vermögenswerte der Mine ist ein wichtiger Faktor der Proteste. Als die Mine 1997 den Betrieb aufnahm, lag der durchschnittliche Goldpreis bei 323,5 US-Dollar pro Feinunze. 2012 erreichte er Spitzenwerte von 1.657 US-Dollar. Allerdings führen höhere Abbauskosten und Steuern dazu, dass die Gewinnspanne nicht so groß ist, wie manchmal angenommen wird. Dennoch kann man die gestiegenen Erträge aus dem Abbau als einen weiteren Grund für Forderungen nach mehr Kontrolle über die Mine und zur Unterstützung der öffentlichen Budgets sehen.

Umwelt- und Gesundheitsbelastungen

Ein zentrales Argument vieler Protestler ist, dass Kumtor schwere Umweltbelastungen verursacht hat. Das sind

legitime Bedenken. Im Mai 1998 verlor ein LKW auf dem Weg zur Goldmine Säcke mit ca. 1,7 t Natriumzyanid, die in den in den Issyk-Kul mündenden Fluss Barskoon gelangten. Natriumzyanid ist eine anorganische Verbindung, die zum Herauslösen von Gold aus Gestein verwendet wird. Experten meinen, dass sie keine lang anhaltenden Umweltschäden verursacht. Die Bewohner des Dorfes Barskoon klagten aber, dass das Zyanid sie krank gemacht habe, eine internationale Untersuchung konnte jedoch keine beweiskräftigen Anhaltspunkte zur Bestätigung dieser Klagen finden.

Klagen über Umweltbelastungen wurden wichtig im Fall einiger Nationalisten, die, so wird behauptet, DVDs mit Darstellungen von Umweltvergehen Kumtors im Süden Kirgistans verbreitet haben. Der Bericht einer Regierungskommission lieferte ähnliche Ergebnisse über Umweltprobleme im Minenbereich. Andere Untersuchungen haben jedoch keine überzeugenden Belege dafür gebracht, dass Kumtor Belastungen verursacht, sie behaupteten sogar, dass die Goldmine nach europäischen Standards arbeite. Dennoch reichten verschiedene Regierungsinstitutionen 2012 und 2013 Klagen in Höhe von 467 Mio. US-Dollar wegen angeblicher Umweltschäden gegen Centerra ein. Einige von ihnen wurden von Bischkeker Gerichten abgelehnt, andere Urteile stehen noch aus.

Ganz unabhängig von den Untersuchungsergebnissen klagen viele Menschen, dass Kumtor und andere Minen Umweltschäden verursachen. Wie im Falle von Barskoon 1998 machen viele Menschen Umweltschäden für schlechter werdende Ernten oder Gesundheitsprobleme verantwortlich. Dazu tragen jedoch eine Reihe anderer Faktoren bei: Veraltete landwirtschaftliche Methoden sowie Düngermangel und marode Bewässerungsanlagen führen mancherorts zu schlechten Produktionsergebnissen. Gesundheitsprobleme sind oft durch fehlende Hygiene und sanitäre Anlagen, ungesunde Ernährung und Mängel bei der Gesundheitsversorgung hervorgerufen,

Das Umweltargument fungiert auch als Banner für eine Reihe anderer Bedenken. Es gibt Vorbehalte gegen Kumtor, nicht nur, weil es in der Vergangenheit einen Unfall gab, sondern auch, weil der Abbau von einer ausländischen Gesellschaft betrieben wird; man befürchtet, dass sie ein potentiell Desaster hinterlässt. Nur wenige Menschen haben die gleichen Bedenken gegenüber der Tätigkeit von Kyrgyzaltyn, der staatlichen kirgisischen Fördergesellschaft. Die meisten Kirgisen glauben, dass ein nationales Unternehmen sich des lokalen Kontextes, in dem es agiert, bewusster ist und der Bevölkerung gegenüber mehr Verantwortung empfindet. Sobald eine ausländische Gesellschaft beteiligt ist, sorgen sich die Menschen darum, wie weit man ihr trauen kann und

wie sie die Nutzung des Landes mit einem sozialen Entwicklungspaket für die Gemeinde entgelten wird. Es gibt noch kein Beispiel einer erfolgreichen Minenschließung im Land und also auch noch keinen Maßstab, an dem man Kumtor messen könnte. Diese fehlenden Erfahrungen verunsichern die Menschen und machen es Nationalisten, die gegen ausländische Firmen agitieren und die Umweltbelastungen betonen, leicht, Anhänger zu gewinnen.

Korruptionsvorwürfe

Korruption ist ein weiterer Motor für Proteste. Korruption ist in Kirgistan ein Dauerproblem und entsprechende Beschuldigungen sind im Bergbausektor weit verbreitet. Im Ranking von Transparency International stand Kirgistan 2013 auf Rang 150 von 177 Staaten bezüglich der von den Befragten wahrgenommenen Korruption. Regierung und Unternehmen sind in Korruptionsskandale verwickelt und haben das Vertrauen der Bevölkerung verloren. Für viele ist das ein weiterer Grund, weshalb der Bergbausektor reformiert werden muss.

Ergänzungen des Bodenschatzgesetzes haben mehr Transparenz in die Abläufe gebracht, das hat aber offensichtlich nicht die informellen Zahlungen und andere illegale Aktionen in diesem Sektor eingeschränkt. Manche beschuldigen ehemalige Inhaber politischer Ämter der Nutzung von Intrigen und korrupter Netzwerke, um Zahlungen von Centerra zu erpressen. Andere behaupten, dass die Gesellschaft zu ihrem eigenen Vorteil korrupte Geschäftspraktiken gefördert habe. Im Ergebnis untersucht die Generalstaatsanwaltschaft gegenwärtig Korruptionsbeschuldigungen während des Abschlusses des Vertrages von 2009.

Ausblick und Lösungsvorschläge

Regierung und Centerra müssen nun den Kumtor-Vertrag zum Abschluss bringen. Doch selbst wenn das relativ reibungslos ablaufen sollte, werden nicht automatisch alle sozialen Spannungen im Gebiet Issyk-Kul gelöst sein. Regierung, Centerra, die Kumtor Operating Company und die Bewohner müssen gemeinsam nach einem gangbaren Weg suchen, wie der Abbau ohne die Gefahr von Gewalttätigkeiten fortgesetzt werden kann.

Dabei ist eine veränderte Sicht der Regierung auf ihre Rolle im Bergbausektor notwendig. Bislang hat sie sich auf Gesetzgebung und Monitoring konzentriert

und nicht auf Engagement der Gemeinden zur Förderung von Dialog und Konfliktlösung. Gesetzliche Bestimmungen sind jedoch nur ein Teil der Lösung. Die vorgeschlagenen Ergänzungen des Bodenschatzgesetzes sollen die gesetzliche Grundlage verbessern und die Zuständigkeiten der Unternehmen klarstellen. Die Konflikte um Kumtor und andere Bergbaustandorte fordern aber ein längerfristiges Engagement der Regierung, insbesondere durch verstärkte institutionelle Unterstützung der Dorfverwaltungen, etwa durch die Staatliche Agentur für örtliche Selbstverwaltung und inter-ethnische Beziehungen.

Alle Beteiligten müssen darauf hin arbeiten, mögliche Umwelteinflüsse des Bergbaus zu identifizieren und zu entschärfen. Das ist erforderlich, um potentielle Einflüsse auf Gesundheit und Lebensgrundlage der vom Bergbau betroffenen Gemeinden und ihre Bewohner zu identifizieren und zu begrenzen.

Regierung und Unternehmen müssen zusammenarbeiten, um einen effektiveren Einsatz von Mitteln zur Förderung der lokalen Entwicklung zu erreichen, dazu gehören auch transparentere Mechanismen für Steuerzahlungen in das lokale Budget und Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Sozialpaketen aus Bergbaueinnahmen. Der Bergbausektor kann nicht das Allheilmittel gegen Entwicklungsherausforderungen sein, aber die von ihm bereitgestellten Mittel können genutzt werden, um die soziale Grundversorgung in den vom Bergbau betroffenen Gemeinden zu verbessern und um zur Entwicklungsstrategie des Landes beizutragen.

Vor allem sollten sich alle beteiligten Seiten, statt Ultimaten aufzustellen, Drohungen auszusprechen und zu protestieren, darauf konzentrieren, erreichbare und transparente Meilensteine zu setzen, um die Zusammenarbeit zu verbessern und so größeren Einfluss auf die Zukunft nachhaltiger Bergbauaktivitäten im Land zu gewinnen. Dann könnte Kumtor auch als Beispiel für die Beilegung von Konflikten zwischen Gemeinden und Bergbaugesellschaften in anderen Teilen des Landes dienen. Somit ist Kumtor nicht nur wegen der Einnahmen von Bedeutung, sondern auch für das Finden von Wegen zur Überwindung von Spannungen und Konflikten und für die nachhaltige Entwicklung des Landes. Was in Kumtor passiert, ist ein Lackmustest für das ganze Land.

Aus dem Englischen von Beate Eschment

Über den Autor:

David Gullette, PhD, ist Senior Research Fellow an der University of Central Asia in Bischkek. Er ist Ethnologe und Entwicklungsexperte mit den Forschungsschwerpunkten Energie und Bergbau, Peace Building, Katastrophenvorsorge sowie Resilienz ländlicher Gemeinden.

Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Lesetipps:

- Asel Kalybekova, Kyrgyzstan: Police and Protestors Clash over Gold Exploration, Eurasianet, 4.4.2014, = <<http://www.eurasianet.org/node/68234>>
- David Gullette, Conflict Sensitivity in the Mining Sector of the Kyrgyz Republic, Bishkek 2014 = <http://www.osce-academy.net/upload/file/Mining_report_final.pdf>
- Timur Toktonaliev, Kyrgyz Politicians Go for Gold, IWPR, RCA 722, 19.12.2013, = <<http://iwpr.net/report-news/kyrgyz-politicians-go-gold>>
- David Trilling, Centerra Gold and Kyrgyzstan: time for a marriage counsellor, in: The Globe and Mail, 25.4.2013, = <<http://www.theglobeandmail.com/report-on-business/rob-magazine/centerra-gold-and-kyrgyzstan-time-for-a-marriage-counsellor/article11541901/?page=all>>

DOKUMENTATION

Chronologie der Ereignisse

1978	Das Kumtor-Goldvorkommen wird entdeckt.
3.12.1992	Die Regierung der Kirgisischen Republik (KR) und die Cameco Corporation unterzeichnen einen Rahmenvertrag über Kumtor. Cameco erhält 1/3 der Anteile an der Kumtor Gold Company, Kyrgyzaltyn 2/3.
1993	Die Kumtor Operating Company wird gebildet.
1994	Die Erschließungsarbeiten am Kumtor-Vorkommen beginnen.
1997	Die kommerzielle Goldproduktion wird aufgenommen.
Mai 1998	Ein LKW verliert 1,7 t Natriumzyanid, die den Fluss Barskoon verunreinigen.
2004	Umstrukturierungen im Unternehmen, die zur Bildung der Centerra Gold Inc. führen.
24.5.2005	Vertreibung von Präsident Askar Akajew, neue Führung des Landes unter Kurmanbek Bakijew.
19.– 22.12.2006	Meinungsverschiedenheiten über Vertragsverlängerungen führen zu Arbeitsniederlegungen. Die Arbeit in der Mine wird wieder aufgenommen, nachdem Centerra mit den Gewerkschaften ein Übereinkommen über alle materiellen Fragen gefunden hat.
26.8.2008	Ein Gericht in Bishkek lehnt die vom stellvertretenden Parlamentssprecher K.S. Isabekow wegen des Kumtor-Projektes eingereichte Klage gegen die Regierung ab. Ziel der Klage war es, die Dekrete und Vereinbarungen der Vorgängerregierung annullieren zu lassen, was eine Einschränkung der Rechte von Centerra auf die Ausbeutung der Mine bedeutet hätte.
24.4.2009	Das Parlament ratifiziert den neuen Rahmenvertrag des Kumtor-Projektes.
5.5.2009	Präsident Bakijew unterzeichnet die Gesetze zur Implementierung des Rahmenvertrages zwischen der Regierung der KR und der Cameco Corporation.
30.12.2009	Cameco verkauft dem Vertrag entsprechend alle Anteile an Centerra und transferiert weitere an Kyrgyzaltyn.
7.4.2010	Gewalttätiger Aufstand zur Amtsenthebung von Präsident Bakijew.
11.–15.6.2010	Tödliche Unruhen im Süden Kirgistans.
1.–10.10.2010	Streik gewerkschaftlich organisierter Arbeiter bei Kumtor.
5.12.2011	Der Transport von Treibstoff und anderen Materialien zur Mine wird durch eine Straßenblockade von Demonstranten für einen Tag unterbrochen.
14.–16.2.2012	Streik der Kumtor-Arbeiter gegen die Lohnstruktur, Arbeit ist verzögert, weil Gletschereis die Grube bedeckt.